

VOLKSKAMMER
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 54

F r a g e n

**für die Fragestunde der 11. Tagung der Volkskammer
am Donnerstag, dem 7. Juni 1990**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage
Dr. Petra Albrecht (PDS)	12
Kerstin Bednarsky (PDS)	8
Karin Bencze (DBD/DFD)	7
Roland Claus (PDS)	5, 14
Dr. Ernst Dörfler (Bündnis 90/Grüne)	17, 18
Klaus Domke (CDU/DA)	6
Dr. Lutz Goepel (DBD/DFD)	13
Wolf-Peter Hannig (PDS)	20
Peter Hildebrand (Bündnis 90/Grüne)	10
Joachim Holz (DBD/DFD)	11
Wolfgang Hotz (PDS)	15
Margit Jentsch (PDS)	16
Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS)	2
Dr. Johannes Kney (Die Liberalen)	1, 21
Rolf Schwanzitz (SPD)	19
Dr. Jochen Willerding (PDS)	3, 4
Vera Wollenberger (Bündnis 90/Grüne)	9

Geschäftsbereich des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten

1. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
 (Die Liberalen)

Mit welcher Grundposition geht der Außenminister der DDR in die nächste Runde der 2+4-Verhandlungen?

2. Abgeordnete
Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann
 (PDS)

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion hat in einem Interview für die Bild-Zeitung erklärt, daß im Falle einer "Krisensituation" Art. 23 gezogen und die deutsche "Einheit durch Beschluß der Volkskammer, also ohne gesamtdeutsche Wahlen, beschlossen werden" könne. Er nannte dies "eine Art Notanschluß".

Bedeutet dies, daß die deutsche Vereinigung unter bestimmten Voraussetzungen vom europäischen Einigungsprozeß abgekoppelt werden könnte und wurde diese Variante durch die DDR in die 2+4-Gespräche eingebracht und wenn ja, wie ist die Reaktion der 4 Mächte dazu?

3. Abgeordneter
Dr. Jochen Willerding
 (PDS)

Herr Meckel, sehen Sie andere Optionen zur sicherheitspolitischen Einbindung des künftigen Deutschlands in Europa zu der vom Westen befürworteten NATO-Mitgliedschaft? Halten Sie angesichts der Ergebnisse der NATO-Tagung in Kanada und der jüngsten Gespräche zwischen den Präsidenten Gorbatschow und Bush nicht die Doppelmitgliedschaft des künftigen Deutschlands in NATO und Warschauer Vertrag als eine gangbare Variante?

4. Abgeordneter
Dr. Jochen Willerding
(PDS)
- Herr Meckel,
welche Chance sehen Sie in dem vom CSFR-
Außenminister vorgeschlagenen Plan zur
Schaffung einer europäischen Sicherheits-
struktur für die europäische Sicherheit?

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft

5. Abgeordneter
Roland Claus
(PDS)
- Herr Pohl,
Arbeitslosigkeit ist für viele Bürger
unseres Landes längst kein angstmachendes
Phantom mehr, sondern Realität, gewiß vor
allem infolge der früheren unoffizienten
Wirtschaftspolitik. Angesichts der realen
Sorgen vieler Bürger, die nicht nur das
finanzielle Problem berührt, möchte ich
Sie fragen, verfügt die Regierung über ein
Beschäftigungsförderungskonzept besonders
für die am meisten gefährdeten Regionen
und gibt es eine Art Krisen-Management für
evtl. sprunghafte Destabilisierungen auf
dem Arbeitsmarkt?
6. Abgeordneter
Klaus Domke
(CDU/DA)
- Welche Vorstellung hat die Regierung im
Blick auf die Zukunft des Uranbergbaus im
Süden der DDR? Einerseits bestehen in der
Bevölkerung im Bereich um Ronneburg und
Drosen bei Schmölln Bedenken im Blick auf
die Umweltverträglichkeit. Außerdem ist die
Uranproduktion bei uns zu teuer. Eine
Stilllegung der Bergbaubetriebe in diesem
Bereich würde aber das Ende vieler Arbeits-
plätze bedeuten.

Geschäftsbereich des Ministers für Handel und Tourismus

7. Abgeordnete
Karin Bencze
(DBD/DFD)
- Es gibt heftige Kritik am unzureichenden Angebot an Waren des täglichen Bedarfs, insbesondere von DDR-Erzeugnissen. Durch teilweise radikale Preissenkungen werden hochwertige Waren regelrecht verschleudert, andererseits ist eine kontinuierliche Versorgung nicht gewährleistet.
- Was unternimmt die Regierung, um diese Probleme im Interesse der DDR-Bevölkerung zu stabilisieren und Versorgungsengpässe unter besonderer Berücksichtigung von DDR-Erzeugnissen zu überwinden?
8. Abgeordnete
Kerstin Bednarsky
(PDS)
- Mich bewegt im Interesse vieler Familien mit schwerstgeschädigten Kindern die Frage, ob die bisher für uns erhältliche behindertengerechte Bekleidung weiter produziert wird und wenn ja, auch subventioniert werden kann. Mir ist aus der BRD bekannt, daß es ein solches Sortiment nicht gibt. Es wäre doch gut, diese Produktion auf Gesamtdeutschland zu erweitern.

Geschäftsbereich des Ministers der Justiz

9. Abgeordnete
Vera Wollenberger
(Bündnis 90/Grüne)
- Herr Wünsche,
wie wollen Sie glaubwürdig die Rehabilitierung all der Opfer betreiben, die nach den Paragraphen des Gesetzbuches politisch verurteilt wurden, das in Ihrer ersten Amtszeit als Justizminister 1968 in der DDR in Kraft gesetzt wurde.

Geht die Rehabilitierung deshalb so schleppend, weil Sie diese Gesetze noch wie 1968 als "gute Gesetze" empfinden?

10. Abgeordneter
Peter Hildebrand
 (Bündnis 90/Grüne)

In vier Wochen treten bei uns eine Vielzahl ganz neuer und sehr diffiziler Gesetze in Kraft, in einem halben Jahr viele weitere. Die Bevölkerung steht der Praxis dieser Gesetzesflut ahnungslos und weithin schutzlos gegenüber. In der DDR gibt es zur Zeit nur ca. 800 Rechtsanwälte (zum Vergleich - in einem Bundesland wie Baden-Württemberg stehen ca. 2000 zur Verfügung).

Wie und in welchem Umfang will die Regierung, wollen Sie, Herr Minister Prof. Dr. Wünsche, einen ausreichenden Rechtsschutz, eine ausreichende Rechtshilfe und Rechtsvertretung in so kurzer Zeit installieren?

Woher werden die notwendigen Rechtsanwälte kommen und wieviele werden wann zur Verfügung stehen?

**Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung,
 Land- und Forstwirtschaft**

11. Abgeordneter
Joachim Holz
 (DBD/DFD)

Auf der 8. Tagung der Volkskammer hat Herr Staatssekretär Dr. Krause u. a. ausgeführt, daß im 2. Halbjahr 1990 1,6 Milliarden D-Mark in der DDR-Landwirtschaft zur Stützung von Preisen eingesetzt werden sollen.

Welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen in welchem Umfang gestützt werden? Welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen quotiert werden, und in welchem Verhältnis stehen diese Quoten zum derzeitigen Produktionsniveau?

12. Abgeordnete

Dr. Petra Albrecht
(PDS)

Seit März haben die Genossenschaften die Anträge zum Kauf von volkseigener landwirtschaftlicher Nutzfläche an die zuständigen Räte der Kreise gestellt. Dies wird den Genossenschaften nicht gewährt. Wer trägt dafür die Verantwortung in der Regierung? Haben die Genossenschaften bis zum 1.7.1990 noch eine Chance, diesen Boden zu kaufen? Wenn nicht, warum nicht?

(Schriftliche Anfrage vom 28. Mai 1990)

13. Abgeordneter

Dr. Lutz Goepel
(DBD/DFD)

Verbreitete Rechtsunsicherheit gibt es bei Bürgern, denen gemäß § 291 Zivilgesetzbuch der DDR genossenschaftlich genutzter Boden zum Bau von Eigenheimen zugewiesen wurde. Welche Vorstellungen hat die Regierung, um die rechtliche Gleichstellung der Eigenheimbesitzer auf genossenschaftlich genutztem Boden mit denen als volkseigenem Boden zu gewährleisten, ohne die Rechte der Eigentümer, die dieses Land in die Genossenschaft eingebracht haben, zu beeinträchtigen?

Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit und Soziales14. Abgeordneter
Roland Claus
(PDS)

Frau Hildebrandt,
Arbeitslosigkeit ist für viele Bürger unseres Landes längst kein angstmachendes Phantom mehr, sondern Realität, gewiß vor allem infolge der früheren unoffizienten Wirtschaftspolitik. Angesichts der realen Sorgen vieler Bürger, die nicht nur das finanzielle Problem berührt, möchte ich Sie fragen, welche Vorstellungen haben Sie um die Kompetenz und das Leistungsvermögen der Arbeitsämter zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung

15. Abgeordneter
Wolfgang Hotz
(PDS)

Herr Eppelmann,
welche ökonomische, ökologische und vor allem sozial verträgliche Konsequenz vertreten Sie bei der Umsetzung einer Konversionsstrategie in vollständig oder teilweise mit Rüstungsproduktion staatlich beauftragten Betrieben der DDR?

Geschäftsbereich des Ministers für Jugend und Sport

16. Abgeordnete
Margit Jentsch
(PDS)

In der Satzung zur Stiftung Demokratische Jugend steht im § 7, daß das Kuratorium welches aus 10 Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen bestehen soll - den Vorstand berät und überwacht. Frau Schubert, wie wollen Sie realisieren, daß alle 43 offiziell registrierten Jugendstrukturen in der DDR Mitverantwortung tragen können, wenn von vornherein 3/4 ausgeschlossen sind und der Vorstand der Stiftung aus jeweils einem Vertreter nur von CDJ, Julia, Junge Sozialdemokraten und der AG Christliche Jugend, der den DJB vertritt, besteht?

**Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz,
Energie und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordneter
Dr. Ernst Dörfler
(Bündnis 90/Grüne)

Die Praxis zeigt, daß die Wegwerfpackung den DDR-Markt überschwemmt. Insbesondere auf dem Getränkesektor verdrängt sie die umweltfreundliche Pfand- und Mehrwegflasche. Wie gedenken Sie, das auch international beispielgebende Sero- und Pfandsystem unter diesen Umständen am Leben zu erhalten?

18. Abgeordneter
Dr. Ernst Dörfler
(Bündnis 90/Grüne)

Wie hoch ist die bisherige Verschuldung der Kernkraftwerke Greifswald und Stendal? Was kostet eine eventuelle Rekonstruktion, und wie lange könnten die alten Greifswalder Reaktoren danach noch betrieben werden? Was berechtigt den Weiterbetrieb des 24 Jahre alten Rheinsberger Reaktors?

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung und Wissenschaft

19. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)

Werter Herr Prof. Dr. Meyer,
Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Aberkennung akademischer Grade, insbesondere Hochschulabschlüsse, die an Bildungseinrichtungen von Parteien und Massenorganisationen erworben worden sind? Welche Aktivitäten haben Sie diesbezüglich bereits unternommen und gedenken Sie künftig zu unternehmen? Eine entsprechende Regelung würde insbesondere in den Kommunen hinsichtlich des qualifikationsgerechten Einsatzes des vorhandenen Personals Probleme lösen helfen.

20. Abgeordneter
Wolf-Peter Hannig
(PDS)

Herr Prof. Dr. Meyer,
aus Ihrem Spiegel-Interview entnehme ich
Ihr besonderes Wohlwollen für Schulen in
freier Trägerschaft. Heißt das, daß Sie die
Entwicklung der staatlichen Schulen als
weniger wichtig betrachten als die Förderung
der Entstehung von Schulen in freier
Trägerschaft?

**Geschäftsbereich des Parlamentarischen Staatssekretärs
beim Ministerpräsidenten**

21. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
(Die Liberalen)

Wie lang soll der Zeitraum zwischen der
wirtschaftlichen und der staatlichen
Einheit Deutschlands sein?

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage
Karl-Heinz Binus (CDU/DA)	22
Dr. Bernhard Opitz (Die Liberalen)	23

Geschäftsbereich des Ministers für Finanzen

22. Abgeordneter
Karl-Heinz Binus
(CDU/DA)
- Mit welchen Maßnahmen sichert der Minister für Finanzen die Arbeitsfähigkeit der neugewählten kommunalen Selbstverwaltungsorgane?
- Nach Mitteilung des geschäftsführenden Mitglieds des Rates des Bezirkes Chemnitz für Finanzen ist der gesamte Bezirk nicht mehr liquid. Die Städte, Gemeinden und Kreise erhalten keine Kredite von den Banken. Diese bedrohliche Situation könnte zum Erliegen des gesamten öffentlichen Lebens führen, da weder medizinische und soziale Einrichtungen finanziert noch laufende Baumaßnahmen weitergeführt werden können. Sperrung begonnener Maßnahmen zieht Zahlungsunfähigkeit von Betrieben und Handwerkern nach sich.

Geschäftsbereich des Ministers der Justiz

23. Abgeordneter
Dr. Bernhardt Opitz
(Die Liberalen)
- Besteht die Möglichkeit einer sofortigen stationären Begutachtung Erich Honeckers zur Prüfung seiner Haftfähigkeit und einer Einleitung eines Verfahrens wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit?